

Herbert Kastner

**„Bildungsland Niedersachsen – Erfolge und Herausforderungen“**  
(Stellungnahme zum Bericht des Nds. Kultusministeriums vom 24.02.2009)

Das „Vorwort“ deutet an, dass das Kultusministerium die Bedeutung einer guten Bildung für jeden Einzelnen, für die Wirtschaft und für unsere Gesellschaft verstanden hat. In der „Bildungsrepublik Deutschland“ (Bundeskanzlerin Merkel) haben wir nun auch das „Bildungsland Niedersachsen“, wie schön. Leider haben das noch nicht alle Bürgerinnen und Bürger bei uns erkannt. Sonst gäbe es nicht so viele Klagen über den Zustand der Schule und des Bildungssystems. Und es gäbe nicht die seit Jahren anhaltende Abwahl der Hauptschule durch Eltern, die ihrem Kind eine bessere Möglichkeit für ein „selbstbestimmtes Leben und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft“ geben wollen. Allein dadurch ist das bisherige gegliederte Schulsystem bereits gescheitert, und alle Bemühungen um dessen „Weiterentwicklung“ (wohin?) und eine Stärkung der Hauptschule haben nichts gebracht. Das ist nicht nur in Niedersachsen der Fall, in anderen Bundesländern wird es aber offen zugegeben und werden entsprechende Maßnahmen unverhüllt ergriffen. Das Beharren auf dem „Weiter so“ grenzt bereits an ideologisch fundierte Starrheit und Uneinsichtigkeit; die nach außen hin verdeckte Umwandlung des dreigliedrigen Systems in ein „Zwei-Säulen-Modell“ ist unehrlich.

Die „Erfolgsgeschichte“ klingt in einer Zeit erheblicher Kritik am Kultusministerium wie eine Art Rechtfertigungsbericht. Es ist erstaunlich, wie wenig von den so genannten Errungenschaften in der Schule unten angekommen und wirksam geworden ist. So wird nach wie vor über Lehrermangel und ausfallenden allgemeinen Unterricht geklagt, für Förderunterricht fehlen vielfach die Lehrkräfte, der durch fortlaufende Tests und das Turbo-Abitur verursachte Stress be- oder verhindert die Entwicklung einer guten Lernkultur. Schule und Lehrer, Eltern und Schüler kommen infolge immer neuer Bestimmungen nicht zur Ruhe. Die im Bericht genannte „Ausweitung“ des Ganztagsbetriebs stellt sich vorrangig als Verlängerung des Unterrichts dar und zielt nicht auf ein pädagogisch wirksames Schulleben, das auch einem besseren Lernklima dienen könnte. So verkommt Schule zu einer „Lernfabrik“ mit Wettbewerb und messbarer Leistung, Ressourcen-Optimierung und Management.

Es ist einfach nicht wahr, dass das gegliederte Schulwesen dem mit längerem gemeinsamen Lernen vergleichsweise überlegen ist. Sowohl PISA und das OECD-Gutachten wie auch die Anerkennung von Gesamtschulen als „beste Schulen Deutschlands“ mit dem Deutschen Schulpreis sprechen eine andere Sprache. Auch die Aussage, nur ein gegliedertes Schulsystem ermögliche den Eltern eine freie Wahl der Schullaufbahn für ihre Kinder, geht an der Wirklichkeit vorbei, wie die immer stärker werdenden Anmeldungen für die Gesamtschule zeigen. Falsche Darstellungen werden auch durch Wiederholung nicht richtig. Die Behauptung einer „begabungsgerechten“ individuellen Förderung durch berufsvorbereitende Elemente lässt einen veralteten statischen Begabungsbegriff und eine Zuordnung vor allem der Hauptschule zu Berufen erkennen, zu denen in berufsbildenden Schulen ausgebildet wird. Wie an einer solchen stark berufsbezogenen Schule alle Schulabschlüsse erreicht werden sollen, erscheint zumindest fragwürdig.

Die Stärkung der Berufsorientierung und Vorbereitung auf die Fachoberschule und das Fachgymnasium durch die Profile Wirtschaft, Technik, Soziales und Fremdsprachen wirft auch in der Realschule die Frage auf, wie weit dann noch ein nahtloser Übergang nach der 10. Klasse auf die gymnasiale Oberstufe mit dem Abitur nach der 12. Klasse erreicht werden soll

Die immer wieder betonte Absicht, am gegliederten Schulsystem festzuhalten, klingt manchmal wie ein sich selbst beruhigendes „Pfeifen im Keller“. Schon heute werden etwa die Hälfte der Hauptschulen und Realschulen als zusammengeführte Haupt- und Realschulen mit einer Schulleitung und einem Schulvorstand geführt. In kleineren Systemen kann sogar in fast allen Fachbereichen und Fächern gemeinsamer Unterricht angeboten werden. Wie in diesen „weiterentwickelten“ gegliederten Schulen der Weg zur allgemeinen Hochschulreife geebnet werden soll, ist schleierhaft. Für das Kultusministerium gilt das Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“, das an das schöne Wort der Deutschen Bahn denken lässt. Fast jeder Bahnreisende hat schon erlebt, dass man auf einen Anschluss oft lange warten muss und ein Umsteigen von einem Regionalzug auf einen ICE meistens viel zusätzlichen Zeitaufwand braucht. Es ist eben auch nicht einfach, von einer Hauptschule oder einer Realschule nach dem 10. Schuljahr den sofortigen Anschluss an die gymnasiale Oberstufe zu finden. Ein Wechsel nach oben „während der Fahrt“ ist schon gar nicht möglich. So viel zur gerühmten Durchlässigkeit.

Fast nebenbei wird das Turbo-Abitur auch an den Integrierten Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe ab 2018, also für die Schüler, die in diesem Jahr zur Gesamtschule kommen, verordnet. Als Begründung wird die Vergleichbarkeit der Integrierten Gesamtschule mit dem Gymnasium genannt. Wer das sagt, hat entweder von der besonderen Struktur der Gesamtschule keine Ahnung oder setzt verschiedene Systeme einfach gleich oder will die Integrierte Gesamtschule „auf kaltem Wege“ zerstören. Wahrscheinlich sind alle drei Ansätze wirksam, werfen auf das Kultusministerium aber ein beschämendes Licht. Dass eine Integrierte Gesamtschule kein Gymnasium ist, dürfte jedem Einsichtswilligen bekannt sein, sie ergänzt oder ersetzt nicht eine einzige der Schulformen, sondern alle drei, also Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Wer trotz besseren Wissens an dem in Europa einmaligen in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederten Schulsystem starr und fast eigensinnig festhält, der muss die Gesamtschule eben behindern, wenn er sie schon nicht mehr verhindern kann. Dass das Niedersächsische Kultusministerium damit eine Schulform zerstören will, die landesweit anerkannt und deren Schulen mehrfach ausgezeichnet und auch als beste Schulen Deutschlands mit dem „Deutschen Schulpreis“ geehrt worden sind, scheint die Verantwortlichen nicht zu stören.

Bilanz und Ausblick des Berichts „Bildungsland Niedersachsen“ sind daher trotz einiger guter Absichtserklärungen insgesamt nicht positiv zu bewerten. Von den „Erfolgen“ ist in den Schulen nichts oder wenig zu spüren. Auf die „Herausforderungen“ der Zukunft reagiert das Kultusministerium nur mit Schönheitsreparaturen. Statt Schule neu zu denken, bemüht es sich im Grundsätzlichen nach dem Motto „Weiter so“ um Stärkung seines gegliederten Schulsystems, lässt dabei viele Fragen offen und versucht, mit immer neuen Einfällen die Entwicklung der Gesamtschule, einer anerkannt guten Schule, zu beenden.

Leitbild ist die alte, wenn auch geringfügig modifizierte „Ständeschule“ mit der Vor- und Aussortierung, wie sie Manfred Pohl in seiner Handlungsaufforderung „Das Ende des weißen Mannes“ (Westkreuz-Verlag, Berlin 2007) beschreibt: „Die fünf Prozent der Menschen, die intellektuell in der Lage sind, geistige Höchstleistungen zu vollbringen, etwa durch Erfindungen, müssen frühzeitig aus dem Durchschnitt herausgefiltert und spätestens nach dem Kindergarten spezifisch gefördert werden. Die etwa 10 Prozent, die Erfindungen umsetzen, installieren, warten oder Bildung weitergeben können, bedürfen ebenfalls eines eigenen Bildungsweges, genau wie die restlichen 65 Prozent, die Maschinen bedienen und einfache geistige Arbeiten verrichten. Von ihnen ist etwa ein Drittel nicht bildungsfähig, egal wie viele Millionen für ihre Bildung aufgebracht werden“ (S.15). Diese Zahlen mögen statistisch relevant oder geschätzt oder nur gegriffen sein, die Folgerung, einen Teil der Menschen als „bildungsunfähig“ einfach abzuschreiben, ist erschreckend. Solche Aussagen erinnern fatal an eine Zeit, die wir für überwunden halten, deren Apologeten aber immer noch die damalige „Weltanschauung“, wenn auch nicht in dieser krassen Form vertreten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Kultusministerium, das sich allen Kindern und Jugendlichen gegenüber zur Gerechtigkeit verpflichtet weiß, auch nur ein einziges Kind durch Vorsortierung und Auslese verloren gibt. Die Gesamtschule als eine Schule der Gerechtigkeit für jedes Kind unabhängig vom sozialen Umfeld aufzugeben, widerspräche daher der Verantwortung gegenüber unserer demokratischen Gesellschaft.